

"Magere Botschaft vom Gipfel" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (12. Dezember 1974)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12.12.1974. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"magere_botschaft_vom_gipfel"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_12_dezember_1974-de-477c111b-6a83-4315-ae46-0a3ce7ffe543.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Magere Botschaft von Gipfel

Von Hans Herbert Götz

„Die alte Gipfelkonferenz ist tot, es lebe der neue europäische Rat“, rief der französische Staatspräsident zu später Stunde am Ende der Pariser Konferenz aus. Was war nun wirklich neu, und wird der neue Stil in Europa etwas ändern, vielleicht bessern? Einzig die Antworten auf diese Fragen zählen, nicht das, was in dem langen von den Regierungschefs selbst redigierten Kommuniqué zu lesen ist. Fünfzehn Stunden haben sie und ihre Außenminister um einen Tisch gesessen, verlassen von ihren Experten, für manchen eine ungewohnte Lage. Dies gab es bisher noch nicht. Anders als auf der Konferenz von Kopenhagen wußten auch alle Beteiligten, wovon sie sprechen.

Neu ist der „europäische Rat“. Aber Vorsicht scheint am Platz, denn es muß sich erst herausstellen, ob die EWG-Botschafter und die Minister künftig wirklich mehr entscheiden können oder nicht doch die Regierungschefs in vier Monaten an Tische voll unerledigter Streitpunkte zurückkehren. Der erklärte Verzicht auf die vertragswidrige Einstimmigkeitspraxis, die nicht einmal in dem fatalen Luxemburger Kompromiß von 1966 vorgesehen war, ist wichtig; er wird gleichsam notariell beglaubigt. Was aber vitale Fragen sind, in denen auch künftig kein Mitgliedstaat überstimmt werden soll, werden die Mitgliedstaaten immer unterschiedlich beantworten. Auch in Zukunft, so wie es in der vergangenen Woche die Außenminister taten, als über zollfreie Kontingente für Rohmagnesium und Rizinusöl zu entscheiden war. Alles andere, was beschlossen wurde, die Direktwahl des Europa-Parlaments, zu der sich die Briten und Dänen noch nicht bereit finden konnten, die Fortsetzung der Bemühungen um eine politische Union oder die Versuche um eine abgestimmte Diplomatie, gehören zum „Prinzip Hoffnung“.

Die neue Generation von Politikern in Europa sucht sich von ihren Vorgängern durch den erklärten Verzicht auf „Visionen“ zu distanzieren. Jetzt gehe es, so hört man täglich, nicht um Fernziele, sondern um die Lösung konkreter Probleme. Aber gerade hier sind die Ergebnisse von Paris bescheiden, ja dürftig. Im Zentrum sollten die Energiepolitik und die ihr benachbarten Währungsfragen stehen. Daraus wurde nichts, ja, es hat große Mühe gekostet, hierzu auch nur einige wenige Zeilen in das Kommuniqué zu bringen. Dem französischen Staatspräsidenten schien das schon zu viel. Nun reist Giscard d'Estaing zum Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten auf die Antillen, er spricht dort im Namen der Europäer, obwohl er sich in der Energie-Politik keinen Millimeter bewegen konnte. Er wird Ford zu überzeugen suchen, daß eine Konfrontation der Ölverbraucherländer mit den Erzeugern unzweckmäßig ist. Ob dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Unverbindlich ist die Konferenz ebenfalls in der Konjunkturpolitik geblieben. Es ist schwer ersichtlich, welche „Gegenleistungen“ die Bundesregierung für ihre Zustimmung zum neuen Regionalfonds errungen hat; vielleicht war dies nicht möglich. Dann aber hätte man vorher nicht davon sprechen sollen. Die Grundformel, auf die sich die Regierungschefs verständigt haben, ist fast zu elegant: Die Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen sollen die Nachfrage stimulieren, ohne die Inflation neu anzuheizen, die Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten sollen mehr Stabilitätspolitik betreiben, ohne zum Protektionismus Zuflucht zu nehmen. Dies letztere ist wichtig für den Bestand der Zollunion und die Erhaltung des freien Warenverkehrs. Offen bleibt allerdings, ob diese Länder künftig erreichen werden, was sie bisher nicht geschafft haben.

Der britische Premierminister ist hoch zufrieden. Das Kommuniqué macht in seiner komplizierten technischen Sprache zur Finanzierung der Gemeinschaft deutlich, wie hart hier bis zur letzten Minute gerungen wurde. In das System der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft soll ein Korrektur-Mechanismus eingebaut werden — ein Begriff, der für Wilson in seinen innenpolitischen Auseinandersetzungen von unschätzbarem Wert ist. Nach Wilson kann die „Neuverhandlung“ nun rasch ablaufen. Bis zum März; das Referendum könnte sogar noch vor der Sommerpause stattfinden. Ob diese Rechnung aufgehen wird?

Zwischen der Gipfelkonferenz von 1972, auf der ein Langzeitprogramm beschlossen wurde, das sich als zu ehrgeizig erwies, und dem Debakel von Kopenhagen im vergangenen Jahr hält sich die neuerliche Gipfelkonferenz in der Mitte. Auch in Paris wurden Wechsel auf eine bessere Bewältigung gemeinsamer

europäischer Probleme ausgestellt. Man muß jetzt abwarten, ob diese Wechsel eingelöst oder wie schon andere zu Protest gehen werden.